

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal exkl. Postgebühren. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
bro Biergehaltene Beilagen 60 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf.; für Ver-  
bandsmitglieder 40 Pf.; Verjam-  
lungsanzeigen z. 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 11.

Berlin, den 9. März 1912.

28. Jahrgang.

## Agitiert, organisiert, werbet ständig und unermüdet neue Mitglieder!

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Anstellung eines  
Verbandsbeamten für Frankfurt a. M. und  
Gau XI und einer weiblichen Hilfskraft für  
Berlin

ist vom Verbandsvorstand und Ausschuss be-  
schlossen. Bewerbungen erbitten wir bis zum  
19. März. Wegen alles Näheren verweisen wir  
auf unsere diesbezüglichen Bekanntmachungen  
in den Nummern 9 und 10 der „Buchbinder-  
Zeitung“.

2. Drei Rundschreiben des Verbandsvor-  
standes sind in den letzten beiden Wochen an alle  
Gau- und Ortsverwaltungen versandt worden.  
Das erste enthält Mitteilungen bezüglich der  
Kartonnager- und Etuisarbeiter-  
Konferenzen, und es ist ihm das Ver-  
zeichnis der Orte beigelegt, die für die Kar-  
tonnagerkonferenz Delegierte entsenden sollen,  
das zweite bringt das Verzeichnis der Orte, die  
zur Entsendung von Delegierten für die Etuis-  
arbeiterkonferenz vorgesehen sind, und das  
dritte bezieht sich auf Hausagitation und  
Agitation unter den Aussternenden.

Sollten die Sendungen bis zum 9. d. M.  
irgendwo nicht eingetroffen sein, ersuchen wir  
um entsprechende Mitteilung, um Nachsendung  
bewirken zu können.

Der Verbandsvorstand.

### An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Auf Beschluß des Unternehmerclubsverbandes  
deutscher Porzellanfabrikanten sind am 24. Fe-  
bruar sämtliche Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen  
der diesem Verein angeschlossenen Betriebe aus-  
gesperrt worden, weil die Isolatorenarbeiter  
wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt haben  
und sich weigern, sie bedingungslos wieder auf-  
zunehmen.

Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß in einem  
Betriebe in Teltow einige Dreher die Anfertigung  
einer neuen Sorte Isolatoren verweigerten, so lange  
nicht eine Verständigung mit der Direktion über  
einen angemessenen Lohnsatz erfolgt sei. Die Betriebsleitung beantwortete das  
Verlangen der Dreher nach Preisvereinbarung mit  
sofortiger Entlassung. Auch die Mit-  
glieder des Arbeiterausschusses, die im Interesse  
einer Verständigung bei der Direktion vorstellig ge-  
worden waren, erhielten sofort ihre Entlassung.  
Daraufhin legten sämtliche Isolatorenarbeiter des Be-  
triebes die Arbeit nieder. Als sich im Laufe des  
Kampfes herausstellte, daß die Arbeiter für die be-  
streifte Firma in anderen Isolatorenfabriken her-  
gestellt wurden, kündigten die im Verband der Por-  
zellanarbeiter organisierten Isolatorenarbeiter bei allen

dem Syndikat der Isolatorenfabriken angehörigen  
Firmen und legten Ende Januar dieses Jahres die  
Arbeit nieder, so daß seitdem etwa 600 Dreher im  
Streik sich befinden. Nur zwei von den bestreikten  
Betrieben betreiben auch Geschirrfabrikation und ge-  
hören der Unternehmerschutzvereinigung der Geschir-  
fabrikanten an. In den Geschirrabteilungen dieser  
beiden Betriebe bestanden keine Differenzen und es  
wurde in ihnen weiter gearbeitet. Trotzdem mischte  
sich der Unternehmerschutzverein deutscher Porzellan-  
fabrikanten in den Streit und beschloß die Aus-  
sperzung aller bei den Verbands-  
firmen beschäftigten Arbeiter mit dem  
Vorbehalt, daß die Unorganisierten nach 8 Tagen die  
Arbeit wieder aufnehmen können und für die eine  
Woche mit dem vollen Durchschnittslohn ent-  
schädigt werden sollen, wenn sie einen Meber-  
unterscheiden, daß sie niemals dem Ver-  
bande der Porzellanarbeiter bei-  
treten werden. Alle diese Arbeiter sollen in  
die gelbe Organisation genötigt werden.

Dem Verbands der Porzellanarbeiter bleibt an-  
geichts dieses Vorgehens der Unternehmer nichts  
weiter übrig, als den Kampf aufzunehmen. Er wird  
geführt um das wichtigste gewerkschaftliche Recht: die  
Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung der  
Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den rund 17 000  
Mitgliedern des Verbandes der Porzellanarbeiter  
werden etwa 8500 von der Aussperzung betroffen.  
Die großen, zur Unterstützung der Ausgesperrten er-  
forderlichen Summen kann der Verband der Por-  
zellanarbeiter auf die Dauer allein nicht aufbringen.  
Da der Kampf voraussichtlich von längerer Dauer  
sein wird, ist es notwendig, schon jetzt an die Soli-  
darität der organisierten Arbeiterschaft zu appellieren.

Wir richten deshalb an die organisierte Arbeiterschaft  
Deutschlands die dringende Aufforderung, durch  
allgemeine Sammlungen

zur Unterstützung der ausgesperrten Porzellan-  
arbeiter und -arbeiterinnen tatkräftig beizutragen.  
Sammellisten werden von der Generalkommission  
nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen  
diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschafts-  
kongresses sind alle für die Porzellanarbeiter auf-  
gebrachten Gelder nur an die Generalkommission  
abzuführen. Ortsverwaltungen und Zahlstellen, die  
aus besonderen Gründen Gelder direkt an die  
Generalkommission einsenden — in der Regel sollen  
die Gelder an das Gewerkschaftskartell  
am Orte abgeliefert werden —, werden ersucht,  
nur Zahlkarten des Postfachamtes zu benutzen und  
sich solche vom Gewerkschaftskartell  
auszuhändigen zu lassen.

Über die eingehenden Beträge wird im „Corre-  
spondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen  
werden dem Einsender nicht zugefickt.

Berlin S.O. 16, Engelauer 15, 1. März 1912.

Die Generalkommission der Gewerkschaften  
Deutschlands.

E. Legien.

### Der Umfang der Kartonnagen-Industrie.

Die von den Angehörigen der Kartonnagen-  
branche mit soviel Nachdruck und aller Energie im-  
mer und immer wieder geforderte Konferenz von  
Vertretern der in dieser Branche tätigen Verbands-  
mitglieder wird nunmehr in einigen Wochen statt-  
finden. Dort gilt es dann, die Verhältnisse in der  
Branche zu erörtern und zugleich zu untersuchen,  
auf welche Weise das Solidaritätsgefühl unter der  
großen Zahl der Branchenangehörigen geweckt wer-  
den kann. Die Mittel und Wege müssen beraten  
werden, die zu einer Gesundung der Arbeits- und  
Lohnverhältnisse führen. Aufgaben also stehen der  
Konferenz zur Beratung, zu deren Erledigung nicht  
nur jeder Branchenangehörige oder Berufsgenosse,  
sondern vielfach auch — weil die Kartonnagen-  
arbeiterschaft in einzelnen Orten dem gesamten  
Wirtschaftsleben das Gepräge gibt — weitere Be-  
völkerungskreise mit Interesse entgegenzusehen müssen.  
Es gilt, endlich einmal weitere Schritte zu tun, um  
das Organisationsgebäude innerhalb der Kar-  
tonnagenbranche auszubauen, um also die Unter-  
lagen zu schaffen, auf denen sich die so notwendigen  
besseren Berufsverhältnisse entwickeln können.

Da ist natürlich die genaueste Kenntnis des  
Umfanges der Branche Vorbedingung. Bis vor gar  
nicht allzu langer Zeit waren wir darüber vollständig  
im unklaren. Wenn auch einige Anhaltspunkte in  
den statistischen Erhebungen unseres Ver-  
bandes vom Jahre 1900 gegeben waren, wenn auch  
die speziell für die Kartonnagenbranche aufgenom-  
menen, im Jahre 1908 erschienenen statistischen  
Erhebungen über die Lage der Kar-  
tonnagenarbeiter und -arbeiterin-  
nen in Deutschland ebenfalls Material zur  
Beurteilung resp. Beantwortung der aufgeworfenen  
Frage boten, dann ist dabei jedoch nicht außer acht  
zu lassen, daß die erstgenannten Erhebungen voll-  
ständig veraltet und die zu zweit genannten auf ab-  
solute Zuverlässigkeit keinen Anspruch machen konn-  
ten, weil die ausgegebenen Fragebogen nicht in allen  
Fällen die Beachtung fanden, die eine solche Er-  
hebung unter allen Umständen verlangen muß, soll sie  
brauchbares Material liefern. Als Hilfsmittel  
mußte man mit ihnen auskommen suchen, so gut  
oder schlecht es eben gehen wollte. Außerdem aber  
war zu beachten, daß die Kartonnagenbranche gerade  
in den letzten Jahren eine ganz außerordentliche  
Ausdehnung erfahren hat, die nachzuweisen neben  
ihrer Bedeutung für uns als Berufsgenossenschaft  
für unseren Verband auch eine gewisse volkswirt-  
schaftliche Aufgabe sein mußte.

Jetzt sind wir nun in der angenehmen Lage, in  
kurzer Zeit gleich vier Erhebungen zur Hand zu  
haben, die uns den Umfang der Kartonnagen-  
branche in sich gegenseitig ergänzender Weise dar-  
legen. Da ist einmal die Betriebszählung  
von 1907, deren Ergebnisse zwar auch schon längere  
Zeit vorliegen, bei der aber die Nachbarmachung der-  
selben für unsere Zwecke eine heillose Arbeit ver-  
ursacht. Das gleiche gilt von der Berufs-  
zählung, die zugleich mit der ersteren veranstaltet  
wurde. Dann haben wir weiter unsere statisti-

sehen Erhebungen vom November 1910, die ebenfalls bald zur Veröffentlichung kommen und zuletzt die jüngsten Erhebungen unseres Verbandes, die speziell für die Konferenz zweckmäßig vorgekommen wurden. Wir sagten schon, alle vier Statistiken ergänzen sich gegenseitig. Liegen auch die amtlichen Berufs- und Betriebszählungen schon fast fünf Jahre zurück, so haben sie doch einen für eine längere Zeitdauer ausreichenden Wert in sich, da sie als absolut lückenlos angesehen werden müssen. Die in der Zwischenzeit eingetretenen Veränderungen können zu einem kleinen Teil aus unseren Verbandserhebungen vom November 1910 und aus der letzten speziellen Kartonnagerstatistik erspart werden. Die amtlichen Statistiken beschränken sich auf die Angabe des Umfangs der Branche unter besonderer Berücksichtigung der Berufstätigkeit der in ihr tätigen Personen (als Selbständiger, Werkmeister, gelernter Arbeiter, ungelernter Arbeiter, gelernte und ungelernete Arbeiterinnen, Heimarbeiter, Jugendliche usw.). Unsere Verbandsstatistik vom November 1910 dagegen bezieht sich auf die Ergründung der Arbeitsverhältnisse.

Die Ergebnisse der amtlichen Betriebsstatistik und unserer Verbandserhebungen zeigen uns nun das im folgenden in aller Kürze und auch nur in ihren Endzahlen behandelte Resultat auf unsere Frage nach dem Gesamtumfang der Kartonnagenbranche. Bei der amtlichen Betriebsstatistik ist dabei zu beachten, daß diese eine reine Trennung nicht kennt. In ihren Zahlen sind vielmehr die Kartonnagen- und die Etuisbetriebe als einheitlicher Fabrikationszweig behandelt. Diese Methode ist für unsere speziellen Interessen nicht gerade angenehm, aber sie ist verständlich einmal deswegen, weil bei einer bis ins Kleinste gehenden Detaillierung der Umfang der Statistik ein kaum überschaubarer geworden wäre, zum andern auch — und darauf ist wohl die Betonung zu legen — weil für den Außenstehenden eine Trennung beider Branchen recht schwer zu finden ist. Selbst für den Branchenangehörigen ist es nicht immer zweifelsfrei, welcher Branche diese oder jene Arbeit zuzurechnen ist.

Die amtliche Betriebsstatistik ermittelte am 12. Juni 1907 für die Kartonnagen- und Etuisbranche in Deutschland 2832 Betriebe. Bei der Zählung im Jahre 1895 waren es 1987. Die Zahl der Betriebe hat sich in den 12 Jahren von 1895 bis 1907 um rund die Hälfte vermehrt. Dieser Nachweis bietet uns insofern nichts Neues, weil wir ja von dem gewaltigen Aufschwung der Branche gerade in den letzten 10 bis 15 Jahren unterrichtet sind. Unsere Berufsstatistik vom November 1910 ermittelte 1114 reine Kartonnagenbetriebe. Diese Differenz mit der amtlichen Statistik ist erklärlich einmal dadurch, daß unser Verband wohl in vielen, aber durchaus nicht in allen Städten und Ortshäfen Verbindungen hat, die ihm bei seinen statistischen Erhebungen beihilflich sind und das erforderliche Material herbeibringen. Zum andern leuchtet ein, daß auch in Städten, in denen unser Verband vertreten ist, mit den geringen Hilfsmitteln, die ihm bei seiner Arbeit zur Verfügung stehen, nicht alle Betriebe ermittelt werden können. Selbstverständlich handelt es sich dann auch immer nur um kleine und kleinste Betriebe, in denen der Inhaber allein oder mit seinen Familienangehörigen oder — in schon selteneren Fällen — mit einem oder einigen wenigen fremden Hilfskräften arbeitet. Sobald ein solcher Betrieb auch nur eine geringe Bedeutung hat, wird er von unserer Kollegenschaft auch erkannt und er wird von unseren Statistiken mit erfasst werden. Hiervon folgt, daß die oben angeführte Differenz eine besondere Bedeutung nicht beigemessen werden kann, was sich auch weiter unten bei Behandlung der Zahl der Arbeiter zeigen wird. Durch die speziell zu den Konferenzzwecken aufgenommene Statistik wurden 1241 Betriebe ermittelt. Diese Statistik wurde reichlich ein Jahr nach unseren allgemeinen statistischen Erhebungen aufgenommen, woraus man folgern könnte, daß in der Zwischenzeit eine Reihe neuer Betriebe gegründet worden sind. Diese Folgerung gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn wir beachten, daß dieses Jahr, wenn auch nicht besonders hervortretend, so doch immerhin im Zeichen des Aufschwunges stand. Andererseits hat auch die Anschauung viel für sich, daß die unter den Angehörigen der Kartonnagenbranche immer mehr wachsende Erkenntnis von der

Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Kleinarbeit die Ursache zu einem erfolgreicherem Aufspüren der Branchenbetriebe und damit zum Erfassen größerer Betriebsmassen gewesen ist.

Alle drei der hier genannten Erhebungen stimmen über die geographische Verbreitung der Branche im wesentlichen überein. Weitans an der Spitze steht dabei unser Gau 12 (Königsreich Sachsen), in dem die amtliche Statistik 905 Betriebe ermittelte, während unsere allgemeine Berufsstatistik 289 und die spezielle Kartonnagenstatistik 376 feststellte. Die Ursachen der Differenz zwischen der amtlichen und unserer Statistiken haben wir bereits gestreift, und weil der wesentlichste Teil dieser Differenz gerade auf den Gau 12 entfällt, so scheint damit eine Bestätigung des Obengesagten gegeben zu sein. In den vielen kleinen Orten inmitten der von Textilindustriebetrieben durchsetzten Gegenden fristen unzählige Existenzen unter kümmerlichen Bedingungen ihr Dasein, die von uns bei unserer statistischen Arbeit nicht erfasst werden können, weil sie zu unbedeutend sind, um irgendwelche Beachtung zu erregen. Außerdem haben viele Fabriken, die der Kartonnagen zum Verpacken ihrer Erzeugnisse bedürfen, eigene Kartonnagenbetriebe, deren Arbeiter sich oftmals den für den Hauptbetrieb maßgebenden Verbänden angeschlossen haben und so aus unserer Bewegung schiedlich und natürlich auch bei unseren statistischen Erhebungen ausfallen müssen. Unsere spezielle Kartonnagenstatistik berichtet z. B. von 584 in anderen Verbänden organisierten Branchenangehörigen, von denen allein 295 auf den Gau 12 entfallen.

Im Gegensatz zu dem Gau 12 als Sitz der Branche sind die Gauen 2 und 3 für die Kartonnagenbewegung fast bedeutungslos. Selbst die amtliche Statistik kennt für die ostelbischen und pommerschen Gebiete nur insgesamt 16 Betriebe; kein Wunder, wenn unsere Statistiken dann nur 4 oder 5 feststellen. Von unseren übrigen Gauen ermittelte die amtliche Betriebsstatistik noch folgende Zahlen vorhandener Betriebe: Gau 4 mit 80, Gau 5 mit 57, Gau 6/7 mit 74, Gau 8 mit 93, Gau 13 mit 46 und Gau 17 mit 52 Betrieben. Diese sechs Gauen haben also sämtlich weniger als wie je 100 Betriebe aufzuweisen. Unsere Statistiken geben für die gleichen Gauen folgendes Bild (die zweite Zahl gibt das Ergebnis der speziellen Kartonnagenstatistik wieder): Gau 4 mit 16 resp. 7; Gau 5 mit 10 resp. 7; Gau 6/7 mit 36 resp. 53; Gau 8 mit 46 resp. 47; Gau 13 mit 10 resp. 23 und Gau 17 mit 12 resp. 17 Betrieben. Die übrigen noch nicht genannten sechs Gauen haben sämtlich nach der amtlichen Statistik mehr als 100 Betriebe. Es sind dies nach der Reihenfolge ihrer Bedeutung, wobei die Ergebnisse unserer Statistik in derselben Anordnung wie vorstehend in Klammern beigelegt sind: Gau 1 mit 370 (298 resp. 173); Gau 16 mit 352 (112 resp. 117); Gau 10 mit 260 (134 resp. 242); Gau 9 mit 232 (61 resp. 67); Gau 14/15 mit 189 (47 resp. 48) und Gau 11 mit 106 (39 resp. 59) Betrieben.

## Der außerordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter.

Hart auf hart plähten die Gegenseite auf dem verflorenen Verbandstage der Hilfsarbeiter aufeinander. Notwendig war der Verbandstag durch die heftige Opposition geworden, welche sich besonders in Berlin gegen den zentralen Tarifabschluß vom 18. Dezember erhoben hatte und die sogar zu dem aller gewerkschaftlichen Disziplin höhnisprechenden Beschlusse ausartete, an den Hauptvorstand bis zum nächsten Verbandstage keine Beiträge mehr abzuführen. Der Tarifabschluß wiederum steht in einem gewissen ursächlichen Zusammenhange mit dem großen Kampfe im Steindruckgewerbe, aus dem der Hilfsarbeiterverband durch die Ungunst der Verhältnisse keine Vorbeeren heimtragen konnte, der ihn vielmehr außerordentlich schwächte. Somit fielen die Tarifverhandlungen mit den Buchdruckereibesitzern, die erstmalig in Leipzig stattfanden und zu einem Scheitern der Verhandlungen führten, und dann unter der Regide des Tarifamts der deutschen Buchdrucker wieder in Gang kamen, in eine für den Hilfsarbeiterverband äußerst ungünstige Situation. Außerdem war auch sonst die Stimmung unter den Buchdruckereibesitzern nicht dem Abschlusse eines neuen Tarifvertrages mit dem Hilfsarbeiterverband hold. Das kam bei den Tarifverhandlungen deutlich dadurch zum Ausdruck, daß anstatt 20 Städte wie unter dem alten Tarif, nur 10 Städte vertreten waren und nur für diese ein Tarif abgeschlossen werden konnte.

Unter den obwaltenden Verhältnissen hielt es der Hauptvorstand des Hilfsarbeiterverbandes für notwendig, selbst für eine geringere Zahl von Orten den Tarif abzuschließen, da immerhin von Prinzipalsseite generell folgende Lohnerhöhung zugestanden wurde: Bis 12 Mk. Wochenlohn 12 1/2 Proz. Zulage, über 12 bis 18 Mk. Wochenlohn 10 Proz. Zulage, über 18 bis 27 Mk. Wochenlohn 7 1/2 Proz. Zulage, über 27 Mk. Wochenlohn 6 Proz. Zulage.

Mit Ausnahme der Arbeitervertreter Berlins und Münchens unterzeichneten alle Vertreter das bezügliche Verhandlungsprotokoll, so daß also zweifellos der Hauptvorstand des Hilfsarbeiterverbandes gehalten war, den Abmachungen Geltung zu verschaffen.

Die Vorsitzende des Verbandes, Genossin Thiede, legte in eingehenden Ausführungen die vorstehend kurz skizzierte Sachlage dar und begründete auch das näheren, wie die schwierige Lage es als ein zwingendes Gebot eigener Notwendigkeit erscheinen ließ, auch in Berlin den örtlichen Abschluß gemäß den bei den zentralen Verhandlungen gezogenen Richtlinien zu vollziehen. Als die dazu in erster Linie berufene Berliner Ortsverwaltung sich dessen weigerte, ja, sogar es ablehnte, zu den deswegen anberaumten Verhandlungen mit den Prinzipalsvertretern zu erscheinen, da hätte der Verbandsvorstand die Ratifizierung des Vertrages für Berlin vollziehen müssen. Genossin Thiede führte als Beweis dafür, wie wenig die Opposition berechtigt sei, von einer durch den Abschluß bewirkten Schädigung Berlins zu reden, an, daß der abgeschlossene Tarif nur in 2 Wohnjahren um 50 Pf. und einmal um 35 Pf. hinter dem zurückgeblieben sei, was von der Berliner Zentralstelle überhaupt gefordert wurde.

Dieser Kernpunkt, um den sich eigentlich die Debatte drehen sollte, wenn man sie rein sachlich ausprechen wollte, wurde jedoch eingehüllt von einer Welle herüber- und hinüberfliegender gespielter persönlicher Äußerungen. Für den unbefangenen Zuhörer fiel aber die Tatsache auf, daß es der Opposition an einem klaren Programme fehlte, wie es hätte besser gemacht werden können, als der Verbandsvorstand es gemacht hat. Nach dieser Richtung zielten auch die Ausführungen der als eingeladenen Gäste anwesenden Vertreter Döblin vom Buchdruckerverband und Kloth von unserem Buchbinderverband, während Legien von der Generalkommission in längeren geschickten und eindrucksvollen Ausführungen die Verschlimmerungen der Berliner Opposition gegen die rechtmäßigen, von den Opponenten früher größtenteils mitgefakten Beschlüsse hervorhob, die sowohl gegen Treue und Glauben, als auch gegen rechtsverbindliche oder von Zweckmäßigkeitgründen gestützte Gepflogenheiten verstießen.

Die hauptsächlichsten Angriffe der Opposition richteten sich gegen die Streichung des § 14 der „Allgemeinen Bestimmungen“, wonach bestehende bessere Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden durften. Da aber im Buchdruckerarif der entsprechende Passus gefallen war, so machten auch die Buchdruckereibesitzer gegenüber den Hilfsarbeitern das gleiche Verlangen als eine Vorbedingung des Tarifabschlusses geltend.

Die Opposition faßte ihre gegensätzliche Stellung zum Verbandsvorstand in nachfolgender Resolution zusammen:

„Der außerordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands erstelt in dem Tarifabschluß am 18. Dezember in Berlin absolut nicht die Vorteile, die den Zentralvorstand und insbesondere die Kollegin Thiede und den Kollegen Bucher veranlassen konnten, gegen den Willen der Berliner Kollegenschaft den Tarif für dieselbe zum Abschluß zu bringen.“

Anerkannt, daß durch diesen Tarifabschluß minimale Vorteile für die abschließende Partei gebracht wurden, sind dieselben doch nicht derart, daß sie in den „Allgemeinen Bestimmungen“ geschaffenen Verschlechterungen aufwiegen könnten.

Weiter ist durch diesen Tarifabschluß durch keinerlei Mobilisation eine Gewalt geboten, daß außer den zehn Tariforten die weiteren zehn Tariforte, die bisher einen Tarif hatten, ohne größere Opfer und Kämpfe wieder die Segnungen eines Tarifs genießen können, geschweige denn erst die anderen dem Verbands noch nicht angeschlossenen Druckorte.

Selbst wenn vom Rechtsstandpunkt aus auch der Verbandsvorstand berechtigt ist, Tarife abzuschließen, verlangt der Verbandstag vom Zentralvorstand, daß er nicht ohne den Willen der Mitglieder diesen Tarife aufzwingt.“

Diese Resolution fiel durch die Annahme der nachstehenden Resolution, wofür 25 Stimmen, einschließlich der der beiden Verbandsvorsitzenden, abgegeben wurden, während 19 Stimmen dagegen votierten.

„Der außerordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ist der Ueberzeugung, daß der letzte Tarifabschluß



in Berlin eine Lebensfrage für den gesamten Verband war. Da, durch außergewöhnliche Verhältnisse...

Die ganze Art, wie die anerkennenswerte Tätigkeit des Hauptvorstandes durch die Berliner Tarifverbände...

Die Delegierten richten an die Berliner Freunde die Bitte, im Interesse des gesamten Verbandes...

Nur durch Einigkeit zur Einheit! Denn ohne Einheit ist eine Besserstellung unserer Lebenslage nicht möglich.

Von der Opposition wurde nach der Abstimmung behauptet, daß gegen die vorstandstreue Resolution...

Am vierten Tage des Verbandstages nahm der Verbandstag nach einem einleitenden Referat der Genossin Thiede Stellung zur verfloffenen Bewegung im Steindruckgewerbe...

Der außerordentliche Verbandstag ist nach eingehender Beratung über die Ursachen, den Verlauf und den Abschluß der Bewegung im Steindruckgewerbe...

Aus diesem Grunde erwartet der Verbandstag, daß auch der Deutsche Eisenblech-Bund sich dieser Auffassung anschließt...

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß durch die verlorene Bewegung in einigen Städten noch eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen ohne Arbeit und Unterstützung sind...

Der Verbandstag erwartet von der Kollegenschaft im Steindruckgewerbe, daß sie mit derselben Ausdauer und Geschlossenheit wie bisher auch fernerhin...

Wir wollen hoffen, daß die Schlussworte der Genossin Thiede, daß nach der ergiebigen Aussprache über die zutage getretenen Gegenstände...

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ wirft man nicht fort, sondern gibt sie an nichtorganisierte Kollegen

weiter

Streik in der Berliner Kartonindustrie.

Seit Montag, den 4. März, stehen in Berlin ca. 1300 Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen im Streik...

Berlin ist für Kartonnagenarbeiter- und -arbeiterinnen gesperrt.

Nachdem den Unternehmern dem in der Versammlung vom 18. Januar gefassten Beschluß gemäß die Forderungen der Arbeiterchaft durch Ueberreichung einer Tarifvorlage bekanntgegeben waren...

Schon bei Beginn der Verhandlungen zeigte es sich, daß die Fabrikanten Anstoß an dem Wort „Tarifvertrag“ nahmen...

Die zu treffenden „Vereinbarungen“ sollten aber auch noch dadurch eingeschränkt werden, daß die Hilfs-, Welpapp- und Faltschachtelbranche ausgeschaltet und die „Vereinbarungen“ nur für die Bezugbranche Gültigkeit haben sollten...

Table with 4 columns: Mindestlöhne für Zuschneider, im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit, „zweiten“, „dritten“, nach dieser Zeit. Rows show 96 Pf., 40, 40, 41.

Eine Werkverbändeleitungsitzung hat sich mit der nunmehr geschaffenen Situation beschäftigt. Diese beschloß, am 2. März durch die Vertrauensleute den Fabrikanten einen die Angebote der Unternehmer berücksichtigenden Tarif zur Unterschrift vorzulegen...

Dies war, kurz skizziert, der Bericht, den am Freitag, den 1. März, der Bezirksleiter Würzberger einer in Kellers Festhallen tagenden, von 2000 Personen besuchten Versammlung erstattete.

„Die am Freitag, den 1. März 1912, in Kellers Festhallen tagende Versammlung der in der Karton- und Kartonnagenindustrie beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Seimarbeiterinnen nehmen mit Bedauern Kenntnis von dem negativen Ergebnis der mit der Unternehmerorganisation geführten Verhandlungen...

Am Sonnabend, den 2. März, sind nun die Vertrauensleute diesem Beschluß nachgekommen. Die Unternehmer aber haben gebundene Marschkroue. Sie lehnten die Abgabe der Unterschrift ab mit der

Begründung, daß sie nur durch ihre Organisationsvertretung Verhandlungen führen. Damit ist der Streik zur Lausade geworden.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Augenblicklich steht alle Welt im Banne des Niesenstreiks der englischen Bergarbeiter. Der Streik ist zum Generalstreik im vollsten Sinne geworden, nachdem die von der Regierung unternommenen „Einigungsverhandlungen“ gescheitert sind.

Dieser Unterschied in den Anschauungen der Regierungsbreiter und der Bergarbeiter steht auch einer gesetzlichen Regelung der Minimallohnfrage im Wege. Die Hauptfrage bleibt doch immer: Wie hoch soll der Minimallohn sein?

Die Arbeitseinstellung ist überall ohne Störung vor sich gegangen. In Südwales haben auch die Maschinen der Bergwerke die Arbeit verlassen.

Ueber die Bewegung der deutschen Bergarbeiter wird folgendes berichtet:

Der Zentralvorstand des Bergarbeiterverbandes (Eiß Bochum) erläßt am 1. März an die Bergarbeiter folgenden Aufruf:

Achtung, Bergarbeiter! Ueber 800 000 Bergarbeiter streiken in England. Mit einer bewundernswürdigen Einmütigkeit sind sie für die Erringung eines auskömmlichen Minimallohnes in den Ausstand getreten.

In den am Sonntag im Ruhrgebiet stattfindenden zahlreichen Versammlungen werden die Referenten das Nötige über den augenblicklichen Stand unserer Lohnbewegung sagen. Was weiter geschehen soll, darüber wird, sobald die Antworten der Besenbesitzer eingegangen sind, oder wenn der für die Beantwortung festgesetzte Termin verstrichen ist, entschieden werden. Der Beschluß wird allen Bergarbeitern sofort bekanntgegeben werden.

Der Gewerbeverein Christlicher Bergarbeiter dagegen ist nach wie vor emsig bemüht, im Interesse der Arbeiterfeinde und der Scharfmacher die deutsche Bewegung als eine Sympathiebewegung für die Engländer darzustellen. Der Vorstand des Gewerbevereins Christlicher Bergarbeiter erließ ebenfalls eine Erklärung, in der er die Mitglieder warnt, angesichts des in Großbritannien ausgebrochenen Generalfstreiks der Bergarbeiter sich in eine Ausstandsbewegung hineinziehen zu lassen.

Am Sonntag fanden im ganzen Ruhrgebiet vom Rhein bis zur Lippe 65 Bergarbeiterversammlungen statt, die zu der ablehnenden Haltung der Grubenbesitzer Stellung nahmen. Nach eingegangenen Berichten waren insgesamt zirka 60 000 Bergarbeiter versammelt. Hunderte mußten umkehren, weil die Lokale abgesperrt wurden. An vielen Orten wurden Parallelversammlungen arrangiert, es herrschte eine Stimmung, wie man sie bisher nur vor großen Kämpfen gesehen hat. Die Bergarbeiter bewiesen, daß sie den Ernst der Situation völlig erfaßt haben; sie waren begeistert, wenn von der Einmütigkeit der englischen Bergarbeiter die Rede war und oft ertönten Zwischenrufe: „Wir wollen es auch so machen.“ — Die Christlichen waren in den Versammlungen durchweg zahlreich vertreten und brachten dem Vorgehen der Verbände große Sympathie entgegen. Man hat den Eindruck, daß die christlichen Bergarbeiter ihren Führern die Gefolgschaft versagen werden. — Eine Resolution, die sich mit den Maßnahmen der Verbände einverstanden erklärt, wurde überall einstimmig angenommen.

**Zur Kartonnagenarbeiterkonferenz.**

Bisher fanden nur drei Kollegen aus der Kartonnagenbranche den Trieb, über die Kartonnagenkonferenz etwas zu schreiben. Kollege W. G. Dr. wünscht eine ergiebige Aussprache zu dieser Sache. Ich selber wundere mich auch, daß sich alles so ruhig hält. Oder ist das nur die Ruhe vor'm Gewitter? Anregungen sind schon deshalb bonum, weil sie die Nichtstun geben, auf welcher man zu wandeln gedenkt. W. G. Dr. hält als die wichtigste Frage die der Tarifabschlüsse. Ich glaube, ein noch wichtiger Punkt ist der: wie gewinnen wir unsere Berufs-kollegen dauernd für unseren Verband. Denn wären diese da, wo sie hingehört, dann wäre vielleicht die ganze Konferenz überflüssig. Es sollte sich deshalb kein Kollege von dieser Konferenz goldene Berge versprechen und meinen, sich nun hinter den Ofen setzen zu können, denn nach der Tagung muß sich ja alles so geklärt haben, daß nun unsere Kollegen und Kolleginnen in hellen Haufen zu uns stoßen, um Waffenbrüderschaft zu schließen. Nein, die richtige Arbeit geht dann erst los.

Ob Akkord- oder Lohn tarif, Tarife sind es beide. Da die Verhältnisse aber so grundverschiedene sind, muß es wohl der betreffenden Zahlstelle überlassen werden, welcher Tarif für sie der beste ist. Z. B. wäre in Plauen i. V. ein Akkordtarif gar nicht einzuführen, weil Art und Maße der Kartons fortwährend Schwankungen unterworfen sind und aus diesem Grunde nicht mehr bestellt und gemacht wird als gebraucht werden. Bei Zigaretten- und Handschuhkartons hingegen gibt es Aufträge, die auf Lager gearbeitet werden und dann auf Abreuf aus dem Betrieb gehen.

Zur Frage, wie fesseln wir unsere Kollegen dauernd für den Verband? ist es wohl nötig, schon vor der Konferenz etwas in die Branche hineinzu-leuchten. Es wäre manches besser, wenn die Kartonnagenarbeiter sich etwas mehr als Mensch fühlen würden. Welch reizende Bilder muß man aber oft sehen, wenn sich so ein „Kollege“ abmüht, die Günst des Arbeitgebers zu erhalten. So kommt es, daß vielfach die Arbeiter so bald wie möglich die Stätte der Arbeitsstätte wieder verlassen, um anderswo ihr Brot zu verdienen. Durch das viele Ab- und Zuwandern von anderen Berufen zu unserer Branche ist es schwer, die Leute an uns zu halten. Dazu kommt noch bei dem geringen Lohn und der langen Arbeitszeit die Antreiberei und das Um-die-Wette-arbeiten der Kollegen untereinander sowie die unausbleibliche Schikanierung derjenigen, die da nicht mitmachen wollen. Das alles sind Sachen, die mit zur Erörterung kommen müssen. Geden wir erst einmal diese Mißstände beseitigt, dann erhalten wir

leichter Zuwachs. Zum Schluß will ich hoffen, daß noch mehr als bisher über diese Punkte geschrieben wird zu Nutz und Frommen der Gesamtkollegen-schaft Deutschlands. U. W.

**Korrespondenzen.**

**Gesperrt sind:**

**Deutschland:**  
Berlin (für Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).

Heilbronn (Metzler-Kamera-Werke in Sontheim).

**Bosnien:**  
Sarajewo (die Firmen Karl Tomja, Stefan Tolpa und Joseph Hrovicic).

**Italien:**  
Genua. (Für Buchbinder.)

**Ungarn:**  
Fiume (die Firmen Kirchoffer, Werk und Dratowich).

**Schweiz:**  
Neuenburg (Firma Delachaux u. Nictle).  
Grenchen (Firma Niederhäuser).  
St. Gallen (für Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).

**Nürnberg-Fürth.** In der Bayerischen Zelluloidwarenfabrik vormals Wacker u. Co. sind 2 Kollegen und 31 Kolleginnen der Portefeinle- und Kartonnagenabteilung in den Streik getreten!

Zugzug fernhalten!

**St. Gallen.** In St. Gallen sind Differenzen entstanden, die es notwendig machten, daß die Stadt für Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen gesperrt werden mußte. Wir bitten dies zu beachten!

**Leipzig.** Am 19. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der Geschäftsbericht für das verflossene Jahr lag den Mitgliedern gedruckt vor. Aus demselben sei erwähnt, daß die Mitgliederzahl um 379 gestiegen ist. Sie betrug am Schlusse des Jahres 4610 und zwar 2320 männliche und 2290 weibliche. Ebenso haben sich die Massenverhältnisse in zufriedenstellender Weise fortentwickelt. In die Verbandskasse wurden 69 952,58 Mk. eingezahlt. Das Vermögen der Lokalkasse beträgt inklusive Außenstände, Stammanteil am Leipziger Volkshaus und Darlehen an den Steinbrückerverband 73 906,85 Mk. Der Fachverein weist einen Bestand von 1827 Mitgliedern auf, davon 402 weibliche. Sein Vermögen beträgt 43 983,78 Mk. — Die Bibliothek verfügt über 2320 Bände. Verstorben sind im verflossenen Jahr die Mitglieder Ernst André, August Tomed, Karl Rabitsch, Gustav Paul, Karl Schneider, L. Ball-schmieder, Richard Weibert, Minna Drehme, Gertrud Becker, Frieda Loll, Ernst Günzsch, Anna Altner, Kurt Berger, Friedrich Jung, Maxta Winkler, Otto Senke, Bruno Neef und Robert Mierisch, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde.

Der Bevollmächtigte Zinke ging mit kurzen Worten auf den Bericht ein und widmete seine Ausführungen im besonderen der Agitation. Dasselbe geschah auch von dem Vorsitzenden der Agitationskommission, dem Kollegen Steube sowie von dem zufällig anwesenden Verbandsvorsitzenden Kloth. Letzterer betonte, daß ihm bei der Bearbeitung der „Geschichte der deutschen Buchbinderbewegung“ aufgefallen sei, daß früher, als der Verband erst über eine geringe Zahl von Mitgliedern verfügte, trotzdem eine reiche Fülle von guten Arbeitskräften vorhanden gewesen sei, was man jetzt nicht mehr sagen könne. Er wünschte, daß vor allen Dingen die jüngere Generation sich mehr betätigen und daß jeder einzelne dazu beitragen möge, daß bis zum nächsten Verbandstag 35 000 Mitglieder unter der Fahne des Verbandes versammelt sind. — Den Hauptpunkt der Diskussion aber bildete die Ablehnung der Kosten für den sogenannten wilden Streik bei Winkau u. Co. durch den Verbands-vorstand. Hesse vertrat den Standpunkt der Vertrauensmännerversammlung, welche Übernahme der Kosten auf die Verbandskasse beantragte. Zinke sowohl wie Kloth führten den Versammelten vor Augen, daß der Verbandsvorstand ganz korrekt gehandelt habe, indem doch der Verbandstag über den Verbands-vorstand stehe und dessen Beschlüsse auch für den Verbandsvorstand Gesetz sind.

Ferner wurde einstimmig beschlossen, das Ortsstatut dahin abzuändern, daß die Tarifkommission und die Ortsverwaltung durch Abstimmung zu wählen sind. Per Akklamation wurden sodann gewählt: 2. Bibliothekar Tränkmann; Agitationskommission Steube, Schöpfling, Thiel, Hoffmann, Weher; Revisor Hesse; Delegierte ins Gewerkschafts-kartell Zinke, Waltherr, Machner, Schirmer.

Bei der am 24. Februar stattgefundenen Wahl der Ortsverwaltung sind insgesamt 1203 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren 25 ungültig und 6 weiß. Die Verwaltung setzt sich demnach wie folgt zusammen: Tarifkommission: Zinke, Waltherr, Machner, Israel (1078 Stimmen), Schröder (1027), Reiter (983), Schmeller (976), Otto (971), Billig (957). Bibliothekar: Schirmer (1117). Revisor: Bibel (959), Thiel (885), Peudert (680), Steube (676), Kägel (664). Ersatzleute: Höber (553), Wellenköter (408).

**Freiburg i. Br.** Am 24. Februar fand unsere diesjährige gutbesuchte Generalversammlung statt, an der unser Gauleiter Schröder teilnahm. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden Stähle zeigte, daß die Geschäfte der Zahlstelle in 22 Versammlungen und 18 Vorstandssitzungen erledigt wurden. Am Schlusse des letzten Quartals wies die Zahlstelle einen Mitgliederstand von 40 männlichen und 10 weiblichen auf, gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 8 Mitgliedern. Den Kassenbericht gab Schmidt. Einnahmen und Ausgaben der Verbands-kasse bilanzierten mit 539,87 Mk. Die Lokalkasse weist den guten Bestand von 306,27 Mk. auf. Die Vorstandswahlen nahmen einen glatten Verlauf. Es wurden gewählt: Vorsitzender Stähle, Kassierer Schmidt, Schriftführer Bohne, Revisor Kleiser und Limberger, Revisoren Mübel und Schwab, Kartell-delegierte Bohne und Limberger, Bibliothekar und Unterstützungsauswähler Kleiser. Zum Schlusse forderte Kollege Schröder die Anwesenden auf, für das weitere Gelingen und Gedeihen der Zahlstelle Sorge zu tragen, was auch von denselben versprochen wurde.

**Kattowich.** Am 24. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Kähler erstattete den Jahres- und Kassenbericht. Es ist recht still in unserer Zahlstelle zugegangen, sogar die Zahl der Mitglieder ging zurück, obgleich in unserer Gde eine ganze Anzahl Orte vorhanden sind, in denen Berufsangehörige stehen, die dem Verbands zu gewinnen wären. Bedauerlicherweise zeigte sich sogar in Nikolei eine Einbuße an Mitgliedern, während in Gleiwitz die Mitgliederzahl gestiegen und auch eine Auswärtsbewegung zu konstatieren ist. Betrachtet man die Vorgänge und Verhältnisse in unserer Zahlstelle während des Berichtsjahres, dann vermag das Lebens ungemischte Freude nicht zu ihrem Rechte zu kommen. Auch die Kollegen der Zahlstelle Kattowich wünschten ihre nicht gerade rosige Lage zu verbessern. Unter Zustimmung des Verbandsvorstandes und unter dem Beistand des Gauleiters Würzberger formulierten sie ihre Forderungen und reichten dieselben den Firmen ein. Es fand auch eine Unterhandlung statt, doch konnten sich die Interneher zum Abschluß eines Tarifvertrages, der eine Festsetzung der Arbeitszeit, Aufstellung von Minimalstöhnen, Höherbezahlung der Ueberzeitarbeit usw. enthielt, nicht entschließen. Man mußte sich in Anbetracht des wenig flotten Geschäftsganges und der in manchen Geschäften geringen Anzahl an Verbandsmitgliedern mit dem Versprechen begnügen, daß eine Aufbesserung der Löhne stattfinden sollte, dem auch von verschiedenen Arbeitgebern entsprochen wurde. In einigen Geschäften kündigten einige Kollegen, weil ihnen die Zulagen nicht genühten und sie lieber abreisen wollten. Leider wurden die Stellen durch Unorganisierte wieder besetzt, so daß dadurch die Verluste für unseren Verband verloren gingen. Somit war der eigentliche Erfolg nur eine einmalige Zulage von 1 Mk. pro Woche. Vielversprechende Zugeständnisse sind uns gemacht worden, aber wenig wurde eingehalten.

Nach Kenntnisnahme der Berichte wurde die Vorstandswahl vollzogen. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender Herzog; 2. Vorsitzender Hampel; Kassierer Kähler; Revisoren Wenzel und Feilhaber; Schrift-führer Weinert. Nachdem entspann sich eine lebhafteste Debatte über unsere Tarifangelegenheit, die aber zu einem endgültigen Resultat nicht führte. Zum Schluß wollen wir gern anerkennen, daß in den ersten Lebensstagen unserer Zahlstelle Kollegen sich uneigennützig zur Verfügung gestellt haben. Jetzt aber können wir es nicht unterlassen, die Kollegen-schaft auf ihre Pflichten, welche sie beim Eintritt in den Verband übernommen haben, erneut hinzuweisen.

**Nürnberg-Fürth.** Die in Fürth stattgefundene Jahreshauptversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des verstorbenen Kollegen Ringler, Zindorf in üblicher Weise ehrend gedacht. — Dem vom Kollegen



Weiß erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Agitationskommission sehr fleißig gearbeitet hat. Es wäre sonst nicht möglich gewesen, die Mitgliederzahl zu halten. Im 4. Quartal mußte die Agitation infolge des Steindruckerstreiks sehr eingeschränkt werden. Allen Mitwirkenden widmet Redner den wohlverdienten Dank. Herber berichtete über Lohnbewegungen und Unterhandlungen mit Unternehmern anlässlich sonstiger Differenzen. Er übt in längeren Ausführungen Kritik an dem Streik der Steindrucker und Hilfsarbeiter, indem er die verschiedenen Phasen des 17wöchigen Kampfes Revue passieren läßt. Schließlich betont er, daß sich die unersetzliche eingeschlagene Taktik als richtig erwiesen habe. Nur die Firma J. o. f. G. e. s. s. e., Fürth, weigert sich, die im Oktober 1911 mit dem Fachverein der Kunstankaltstaltbesitzer getroffenen Abmachungen anzuerkennen, indem sie sich weigert, die Entlassenen alsbald wieder einzustellen. In dieser Sache wurde an die Leitung des Unternehmerverbandes herangetreten, um auch Herrn Gessse zur Einhaltung der Vereinbarungen zu veranlassen.

Da am 1. Januar 1912 der neue Buchdrucker-tarif in Kraft getreten ist, haben wir ebenfalls einen Entwurf für das Buchbinderpersonal eingereicht. Zu einem Tarifabschluß mit den Buchdrucker-eigentümern kam es nicht. Dagegen kam die Arbeitszeitverlängerung auch für unsere Mitglieder zur Einführung mit Ausnahme von einer Firma, mit der noch Unterhandlungen hierüber schweben. Lohn-erhöhungen sind dagegen überall erfolgt in Höhe von 50 Pf. bis 3 Mk. pro Woche. Bei der Firma Schreiber wurde versucht, die erkrankte Vertrauensperson nicht mehr einzustellen. Durch einmütiges Eintreten sämtlicher dort beschäftigten Kolleginnen sah sich die Firma veranlaßt, von ihrem Vorhaben abzusehen. Im 4. Quartal haben in 21 Fällen Verhandlungen mit Unternehmern stattgefunden. Ferner erforderte die Schlichtung von Differenzen 24 außerordentliche Sitzungen und 29 Werkstüberversammlungen. Hieraus ergibt sich, daß die Verwaltung überreiche Arbeit zu bewältigen hatte.

Hierauf erstattete Weinländer in gedrängter Kürze Bericht über die Tätigkeit im Gau 16 vom letzten Jahre. Zwecks Agitation und Regelung besonderer Angelegenheiten der Zahlstellen wurden 9 Sitzungen und 11 Versammlungen abgehalten. Hausagitation wurde in Schweinfurt betrieben, um die neugegründete Zahlstelle zu heben. Einzelmitglieder waren am 1. Januar 20 vorhanden.

Lohnbewegungen waren in Erlangen und Regensburg zu führen. In Erlangen wurde im Juli 1911 ein Tarif abgeschlossen.

Regensburg gestaltete sich sehr schwierig durch den von der christlichen Organisation im entscheidenden Augenblick geübten Verrat. An Vertretungen vor den Gewerbegerichten waren 5 Termine wahrzunehmen.

Dem Massenbericht ist zu entnehmen, daß die Verbandskasse mit 7664,36 Mk. Einnahmen und 7444,36 Mk. Ausgaben bilanziert. Die Lokalkasse hatte 2215,42 Mk. Einnahmen infolge Bestand und 1816,49 Mk. Ausgaben. Weinländer wies darauf hin, daß es an der Zeit sei, den Lokalbeitrag zu erhöhen. Die sehr weitgehenden Anforderungen, welche zur Durchführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gestellt werden, können mit dem bisherigen Lokalbeitrag nicht mehr erfüllt werden. Infolge des Steindruckerstreiks weist die Mitgliederzahl im 4. Quartal einen Rückgang von 69 Mitgliedern auf, so daß am 1. Januar 1912 noch 294 männliche und 925 weibliche, zusammen 1219 Mitglieder vorhanden waren. Da auch im 1. Quartal 1912 eine rührige Agitation nicht betrieben werden konnte, so muß mit verdoppeltem Eifer eingegriffen werden, sobald die Kunstankaltstalten wieder richtig im Takt sind. In der Diskussion verwies Kollege Haag auf die Bestrebungen der Gesellen, welche sich jetzt besonders hervorzu-machen suchen. Weinländer teilt mit, daß in dieser Sache bereits das „graphische Kartell“ in Aktion getreten ist, um gemeinsam mit den anderen Organisationen vorzugehen.

Vor Eintritt in die Neuwahlen erstattete Weinländer Bericht über die gepflogenen Unterhandlungen der Ortsverwaltung mit Verbandsvorstand und Ausschuß behufs Neueinteilung der Geschäfte. Die Ortsverwaltung richtete das Ansuchen auf Anstellung eines Kassierers im Nebenamt, damit Weinländer auch als erster Bevollmächtigter der Zahlstelle fungieren könne. Der Verbandsvorstand hat die ständige Anstellung einer weiblichen Hilfskraft beschlossen mit der Begründung, daß Mühlberg-Fürth drei Viertel weibliche Mitglieder zählt. Dabei könne Weinländer als Bevollmächtigter eingesetzt werden und behalte er gleichzeitig die Hauptführung und Verantwortung auch für die Kassengeschäfte. Eine Sitzung der Ortsverwaltung unter Hinzuziehung

des Gauvorstandes kam jedoch einstimmig zu dem Ergebnis, daß eine Kollegin den Anforderungen, die gestellt werden müßten, nicht genügen sei. Zurzeit stehen Verbandsvorstand und Ausschuß noch in Verhandlungen, weshalb müsse man vorläufig bis auf weiteres warten. Haag erging sich in längeren Ausführungen über diese Angelegenheit, wobei er hauptsächlich der Verwaltung Fehler nachzuweisen suchte. Ein großer Teil der Versammlungsbefugter verließ dabei das Lokal. Nachdem Weiß die erhöhten Anschuldigungen gegen die Ortsverwaltung, die gewissenhaft nach dem Verbandsstatut gehandelt habe, gebührend zurückgemessen hatte, wurden die Neuwahlen vollzogen. Weinländer wurde als Bevollmächtigter, als 2. Bevollmächtigter Herber, zu Schriftführern Reiß, Netter und Josef, zu Beisitzern Ruppredt, Klimm und Kollegin Traß-Mürnberg sowie Scharrer und Regen-Fürth, zu Kartellbelegierten Weinländer, Josef, Bauer und Kollegin Traß-Mürnberg, Herber und Netter-Fürth; zu Revisoren Josef und Netter; in das graphische Kartell Weinländer, Ruppredt, Klimm und Herber und in die Fünferkommission zur Unterstützung der Verwaltung und des Gauvorstandes betr. Anstellungsangelegenheit Endreß, Bauer, Netter, Kamm und Kollegin Redling gewählt. Wegen der vorgerückten Zeit konnten die übrigen Punkte der Tagesordnung nicht mehr erledigt werden. Da nun in nächster Zeit eine außerordentliche Hauptversammlung stattfinden muß, so sei hiermit zur regen Agitation für einen guten Besuch hingewiesen.

**Sonneberg-Lauftha in S.-M.** Diese junge Zahlstelle unseres Verbandes ist zur Freude und zum Nutzen der Kollegenschaft in ständiger Entwicklung begriffen und sie nimmt schon jetzt eine achtunggebietende Stellung ein.

In der Sonneberger Versammlung vom 24. Februar galt es, die grundlegenden Ideen über die Gewerkschaftsbewegung unter den Kollegen zu festigen. Als Referent war Kollege Madner-Keipzig aufgetreten. Aus der Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsweise wurde die Notwendigkeit unserer Gewerkschaftsbewegung begründet und wenn es je drastischer Beweise bedürfte, so sind sie hier leicht zu erbringen, wo die Kollegen unter besonders langer Arbeitszeit und schlechten Löhnen zu leiden haben. Inwiefern die Sonneberger die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung erfasst haben, müssen wir abwarten, können das aber auch um so mehr, als die Mäßigkeit der Kollegen zu den besten Hoffnungen berechtigt.

In Lauftha fand am 25. Februar eine kurze Besprechung statt, die die Wünsche der Verbandsmitglieder aufgriffte, welche bei der Anwesenheit des Bezirksleiters am 4. Februar diesem unterbreitet worden waren. Hier galt es, an die Stelle der zum Teil noch bestehenden 12stündigen Arbeitszeit die 10stündige treten zu lassen und den leistungsfähigsten Kollegen einen Lohn von 35 Pf. zu erringen. Durch die Willenskraft unserer Kollegen und die Einsicht der Unternehmer war das auch möglich. So treten denn in nachstehenden Firmen die besseren Arbeitsbedingungen ein: Chr. Geumann, Alfred Bach, Louis Kob in Lauftha und Franz Rosenbaum in Zugschloß. Es bleibt nun noch zu wünschen übrig, daß die noch fernstehenden Kollegen sich dem Buchbinderverbände anschließen, und daß wir aber auch den Herren Unternehmern hiermit den Anstoß gegeben haben, den unter ihnen befindlichen Schmuckkonkurrenten das unfaubere Handwerk zu legen zum Nutzen unseres Berufes.

**Bremen.** Nach einer in der Woche vom 6. bis 11. November 1911 für Bremen aufgenommenen Betriebsstatistik sind am Orte 73 Betriebe, und zwar: 41 Buchbindereien, 15 Buchbindereibteilungen in Buch- und Kunstbuchereien, 2 Geschäftsbüchereifabriken (verbunden mit Linienankaltstalten), 5 Linienankaltstalten, 5 Kartonmagazinfabriken, 2 Stuisfabriken, 1 Passpartout- und Musterartenfabrik, 1 Schreibheftfabrik mit Linienankalt und 1 Papiergroßhandlung. In 16 Betrieben arbeiten die Inhaber allein. In den übrigen 57 Betrieben sind 159 Gehilfen, 251 Arbeiterinnen, 24 Hilfsarbeiter und 25 Lehrlinge, zusammen 459 Personen, beschäftigt. Davon sind 76 Gehilfen, 21 Arbeiterinnen und 4 Hilfsarbeiter verheiratet. 36 Arbeiterinnen und 3 Hilfsarbeiter stehen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren.

Organisiert sind im Buchbinderverband 88 männliche und 34 weibliche, in anderen freien Gewerkschaften 1 männliche und 8 weibliche, im christlichen Verband 1 männliche, zusammen 130 Personen = 28,3 Proz. der Beschäftigten. Nach Geschlechtern getrennt sind zusammen 88 männliche = 42,7 Proz. und 42 weibliche = 16,7 Proz. organisiert. Dementprechend sehen natürlich auch die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse aus. Die Arbeitszeit beträgt pro Woche:

in 1 Betriebe	48	Std.	in 11 Betrieben	53 1/2	Std.
" 1	51	"	" 27	54	"
" 1	52	"	" 4	57	"
" 4	52 1/2	"	" 2	58 1/2	"
" 4	53	"	" 2	60	"

Die Löhne wurden ermittelt von 128 Gehilfen = 80,5 Proz. der Beschäftigten, 198 Arbeiterinnen = 78,9 Proz. und 18 Hilfsarbeitern = 75 Proz., zusammen 844 Personen = 78,4 Proz. Die Löhne betragen pro Woche:

- a) Gehilfen 18—40 Mk.
- 26 Gehilfen erhalten 26 Mk., 11 27 Mk. und 23 28 Mk.
- Die übrigen Lohnstufen werden in 1 bis 7 Fällen bezahlt.
- b) Arbeiterinnen (über 16 Jahre) 7—18 Mk., 28 Arbeiterinnen erhalten 9 Mk., 10 11 Mk., 18 12 Mk., 12 12,50 Mk., 26 13 Mk., 18 15 Mk.
- Die übrigen Lohnstufen werden in 1 bis 6 Fällen bezahlt.
- c) Arbeiterinnen unter 16 Jahren 6,50—8 Mk. 2 erhalten 6,50 Mk., 14 7 Mk. und 1 8 Mk.
- d) Hilfsarbeiter über 16 Jahre): je 1 12 Mk., 15 Mk., 16 Mk., 17 Mk. und 2 18 Mk.
- e) Hilfsarbeiter unter 16 Jahren: je 1 9 Mk., 12 Mk. und 16 Mk.

Im Sommer 1911 erhielten 32 männliche Personen 195 Tage und 20 weibliche Personen 67 Tage Ferien. Zusammen 52 Personen 262 Tage.

**Rundschau.**

**Schwindelhafte Prospekte.** Gleich wie einem Teile der übrigen Gewerkschaftspressen sind auch den Nummern 8 und 10 der „Buchbinder-Zeitung“ zwei Prospekte beigelegt worden, die nach den nachträglichen Ermittlungen sich als nicht einwandfrei erwiesen haben. Wegen den Prospekt in Nr. 8 erhob einer unserer Funktionäre Einspruch, mit dem sich der Verbandsvorstand in seiner Sitzung vom 22. Februar befaßte. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß kein Grund vorliege, derartige Beilagen abzulehnen. Die Nr. 10 wurde daraufhin mit einer ähnlichen Beilage versehen. — In seiner Nr. 26 stellt jetzt der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, der ebenfalls eine dieser Beilagen angenommen hatte, fest, daß vor den darin angepriesenen Präparaten schon vor langer Zeit vom Berliner Polizeipräsidenten gewarnt worden sei, daß er aber selbst auf dem Leipziger Polizeiamt nichts Genaueres darüber erfahren konnte. Darauf wandten wir uns an das Berliner Polizeipräsidentium, das uns die Mitteilung des „Korrespondent“ bestätigt. Die öffentliche Warnung vor beiden Präparaten ist schon im Jahre 1908 erfolgt. Beide Prospekte bedeuten in ihrem Inhalt eine gewissenlose Irreführung des Publikums. Nachdem wir dies festgestellt haben, bedauern wir selbstverständlich, daß die Beilagen auch in die „Buchbinder-Zeitung“ aufgenommen wurden und erklären zugleich, daß für die Folge die Prüfung ähnlicher Angebote noch schärfer erfolgen soll als seither schon. Das Gleiche gilt natürlich auch für den Inseratenteil der „Buchbinder-Zeitung“, der ebenfalls schon immer einer scharfen Kontrolle unterworfen war. Allerdings müssen wir auch darauf aufmerksam machen, daß, solange überhaupt Inserate und Beilagen von privaten Interessenten nicht prinzipiell abgelehnt werden, auch die peinlichste Aussonderung aller zweifelhaften Angebote eine Täuschung des guten Glaubens einer Zeitungsredaktion in einzelnen Fällen nicht verhindern kann. Da ist es dann Sache der Mitglieder, zurefindendfalls ihre Erfahrungen mitzuteilen. Erst dann sind wir in der Lage, Abhilfe zu schaffen und eventuellen Schädigungen unserer Mitglieder vorzubeugen.

**Arbeitslosenzählungen** sind in letzter Zeit in Göttingen und München vorgenommen worden. In Göttingen ermittelten die Zähler 140 Arbeitslose, darunter 73 Verheiratete mit 129 Kindern ohne jeglichen Verdienst, 13 hiervon waren sogar schon länger als 6 Monate außer Arbeit. Nichtvollbeschäftigte wurden 21 gezählt, davon waren 14 Verheiratete mit 22 Kindern. — Eine in München und in 22 Nachbarorten durchgeführte Zählung hat für den Stadtbezirk München das vorläufige Ergebnis von rund 7300 Arbeitslosen ergeben. Einschließlich der Nachbarorte ist die Zahl der Arbeitslosen provisorisch auf rund 7900 zu schätzen, das sind 1,2 Proz. der Stadtbevölkerung.

Die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung wird von unseren Vertretern in den städtischen Kollegien München seit Jahren angestrebt, aber die freisinnig-liberale Mehrheit hat sich stets ab-

Lehnend gegen derartige Anträge verhalten mit der Ausrede, daß eine einzige Stadt eine solche Versicherung für sich allein nicht einführen könne, weil sonst von auswärts viele Elemente herangezogen würden, die auf die Arbeitslosenunterstützung spekulieren usf. Diese Frage müßte vom Reich oder Bundesrat gesetzlich geregelt werden. Jetzt hat der Stadtmagistrat von Nürnberg den Etat für 1912 beraten, bei welcher Gelegenheit wieder der Antrag gestellt wurde, den Betrag von 30 000 M. für eine Arbeitslosenversicherung einzusetzen; diesmal stimmte die Mehrheit dem Antrag zu, knüpfte aber daran die Bedingung, daß die bayerische Regierung mindestens den gleichen Betrag auswerfe, nachdem der Minister v. Brettreich seinerzeit im Landtage erklärt hat, die Regierung sei bereit, den Gemeinden, die die Arbeitslosenversicherung einführen, Zuschüsse zu bewilligen. Herr v. Brettreich ist aber nicht mehr Minister; wie die jetzige Zentrumregierung sich zur Frage stellt, weiß man noch nicht recht, dagegen weiß man, daß die Zentrumspartei selbst keine große Sympathie für derartige Dinge hat. Deshalb konnten die liberalen Stadtväter, auch wenn sie im Innern ihres Herzens ebenfalls nichts von der Geschichte wissen wollen, mit der erwähnten Bedingung leicht ihre Zustimmung geben.

**„Politische“ Gewerkschaften.** Von einem Dresdener Schöffengericht ist jetzt ein Urteil gefällt worden, das Aufsehen erregen dürfte. Schon aus dem Grunde, weil es zeigt, wie es um die angeblich „liberale“ Auslegung und Anwendung des Reichsvereinsgesetzes in Wirklichkeit steht, wenn es sich um Organisationen der modernen Arbeiterbewegung handelt.

Der Dresdener Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes hatte während der Reichstagswahlbewegung in einer Versammlung beschlossen, dem sozialdemokratischen Wahlfonds aus lokalen Mitteln des Verbandes 1000 M. zu stiften. Das war öffentlich bekannt geworden, und die königliche Polizeidirektion Dresden erblidte in diesem Falle eine „politische Tätigkeit“ der fraglichen Gewerkschaft. Deshalb wurde die Verwaltung aufgefördert, auf Grund des Vereinsgesetzes eine Mitgliederliste einzureichen. Selbstverständlich lehnte man das Ansinnen der Polizei ab, die sich in einigen anderen gleichen Fällen u. a. auch auf Quittungen in der „Dresdener Volkszeitung“ berief, was beweist, daß die Dresdener Behörde mit Argusaugen nach Gelegenheiten späht, der modernen Arbeiterbewegung Steine in den Weg zu legen. Infolge der Weigerung, die verlangte Mitgliederliste einzureichen, kam die Angelegenheit nun vor das Gericht. Und was unmöglich schien, ist eingetreten: der angeklagte Vertreter des Bauarbeiterverbandes wurde zu 15 M. Geldstrafe verurteilt, weil das Gericht in der Zahlung eines Betrages in den sozialdemokratischen Wahlfonds eine politische Tätigkeit im Sinne des Vereinsgesetzes erblidete! Eine derartige materielle Unterstützung einer politischen Partei sei eine „intensivere Einwirkung auf politische Angelegenheiten, wie manche lange politische Rede“, so meinte das Gericht in der Begründung des Urteils. Und der Vertreter der Anklage versiegte sich gar zu der Behauptung, daß schon das Statut des Bauarbeiterverbandes auf eine politische Tätigkeit schließen lasse, weil nach seinem Wortlaut sozialpolitische Zwecke verfolgt würden. Auch ein Artikel im Organ des Bauarbeiterverbandes mußte herhalten, um die „politische Tätigkeit“ noch weiter zu erweisen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Auslegung gerade bei der fraglichen Bestimmung des Vereinsgesetzes bei Schaffung desselben im Reichstage gegeben wurde, und wie die Befürchtungen unserer Vertreter im Reichstage mit dem Hinweis auf liberale Anwendung des Gesetzes zu zerstreuen gesucht wurden, dann muß dieses Urteil als unerhört und bis jetzt wohl einzig dastehend bezeichnet werden!

Die Angelegenheit ist vor kurzem bereits in der sächsischen Zweiten Kammer zur Sprache gebracht und das Vorgehen der Polizeidirektion scharf kritisiert worden. Unser Redner konnte dabei den Beweis führen, daß der Verband sächsischer Industrieller in ganz unerblicklicher Weise für die nationalliberale Partei Wahlagitatorien getrieben, und daß er besonders Gelder zu diesem Zweck gesammelt, seine Mitglieder in einem Zirkular extra dazu aufgefordert hat. Unser Redner wünschte nun vom Minister Auskunft, ob er diese Tätigkeit auch als politische ansehe, und meinte, daß der Industriellenverband ebenfalls unter das Vereinsgesetz zu stellen und als politisch von der Behörde anzusehen sei. Der Minister schwieg dazu! Und als er nochmals ganz direkt aufgefordert wurde, sich zu diesem konkreten Falle zu äußern, schwieg er weiter mit einem sehr verlegenen Nicken. Auch die bürgerlichen Parteien verhielten sich mäusehinstill!

Selbstverständlich wird der Fall bis zur letzten prinzipiellen Entscheidung gebracht werden. Das Gerichtsurteil aber wird von neuem Anlaß zu weiterer Behandlung der Sache im Landtag und sicher auch im Reichstage sein.

**Die Alimentation der unehelichen Kinder.** Das Archiv deutscher Berufsvormünder zu Frankfurt a. M. (E. W.), das nach seinen Satzungen den Zweck verfolgt, der Entwidlung der gesamten Kinderfürsorge zu dienen, schreibt uns gemäß einem im September 1911 auf der sechsten Tagung der deutschen Berufsvormünder gefaßten Beschluß zur Frage der Alimentierung unehelicher Kinder: „Von allen Kindern, die der Obhut der Berufsvormundschaft anvertraut sind, bedürfen die unehelichen Kinder eines besonderen Schutzes und erhöhter Aufmerksamkeit, da sie, die von der Familie losgelöst sind, größerer Gefährdung ausgesetzt sind und eine unerbittlichmäßig große Säuglingssterblichkeit aufweisen. Ihr wird von der Berufsvormundschaft entgegengearbeitet durch Fürsorgemaßregeln für die Person des Kindes und dadurch, daß die Unterhaltungsfrage geregelt und die Alimente für das uneheliche Kind beschafft werden. Diese letztere Frage verdient um so größere Berücksichtigung, als die unehelichen Kinder fast durchweg mittellos und ohne den Unterhaltsanspruch auf die knappen Mittel des Armenwesens angewiesen sind. Bei der Durchführung der Maßnahmen zur Sicherung der Unterhaltsforderungen stieß der Berufsvormund in dem häufig eintretenden Fall, daß ein Arbeiter unehelicher Vater war, insofern vielfach auf Schwierigkeiten, als bei einer durch ihn ausgebrachten Lohnbeschlagnahme der Arbeitgeber den Arbeiter entließ, lediglich, um etwaigen durch die Pfändung entstandenen Umständen zu entsprechen aus dem Wege zu gehen. Im diesen Inzuträglichkeiten zu begegnen, wurde auf der fünften Tagung deutscher Berufsvormünder in Berlin (Oktober 1910) beschlossen, an die Arbeitgeber das Ersuchen zu richten, im Falle einer Lohnbeschlagnahme durch den Berufsvormund die Arbeiter tunlichst nicht zu entlassen, vielmehr auf ein Einvernehmen zwischen Arbeiter, Arbeitgeber und Berufsvormund hinzuwirken, um auf diese Weise dem Kinde seinen Unterhalt nicht zu entziehen und den Arbeiter nicht brotlos zu machen.“

Das Archiv deutscher Berufsvormünder, den die Ausführung des Beschlusses übertragen wurde, wandte sich mit einem entsprechenden Rundschreiben an die Handels-, Gewerbe- und Handwerkskammern sowie die größeren Arbeiterverbände. Aus der großen Anzahl von Antwortschreiben, die aus dem gesamten Deutschen Reich dem Archiv zugegingen, ging hervor, daß seine Bestrebungen allgemein anerkannt und daß der Anregung überall gern entsprochen worden war, oft in der Form, daß das Rundschreiben gelegentlich der Sitzungen der Kammern und Verbände veröffentlicht wurde, und es wurde fast allseitig bereitwilligst möglichste Unterstützung durch Einwirkung auf die Arbeitgeber, auch Unterstützung durch die Arbeitgeber selbst zugesichert. Allein es wurde von Seiten der Kammern auch darauf hingewiesen, und die Praxis bestätigt dies täglich, daß der Unterhaltsanspruch des unehelichen Kindes oft deshalb bereitet wurde, weil die Arbeiter im Falle der Lohnbeschlagnahme die Arbeit niederlegten, und anderweitig nur die notwendigste Beschäftigung aufzunehmen und so dem Anspruch des Kindes zu entgegen. Das Archiv wendet sich daher in Verfolg des Beschlusses auf der sechsten Tagung deutscher Berufsvormünder auch an die Arbeiterorganisationen mit dem Ersuchen, auf die Arbeiter in der Richtung einzuwirken, daß sie im Falle einer Lohnbeschlagnahme durch den Berufsvormund die Arbeit nicht sofort niederlegen, sondern zunächst zwecks Verständigung mit dem betreffenden Vormund ins Vernehmen treten. Es wird meist die Lohnbeschlagnahme in Höhe der gesamten Forderung ausgebracht. Da es aber selbstverständlich ist, daß der Arbeiter die gesamten Rückstände zu zahlen meist nicht in der Lage ist, so wird regelmäßig mit dem Berufsvormunde eine Einigung dahin getroffen werden können, daß die Rückstände nicht eingefordert werden, falls nur der laufende Unterhalt des Kindes bei Berücksichtigung des Verdienstes des Arbeitervaters von ihm gewährt wird. Der Berufsvormund wird regelmäßig von dem Arbeiter nur das verlangen, was er zu zahlen in der Lage ist. Das gegenwärtige Ersuchen stützt sich auf die Erfahrungstatsache, daß die Zusammenarbeit von Berufsvormundschaft und Arbeiterorganisationen bislang von beiden Seiten gesucht wurde und gute Ergebnisse gezeitigt hat — dies wurde auch in der zu dem Beschluß führenden Diskussion mehrfach betont —, daß daher auch in dieser Frage, die das Wohl unbenütztelter und unterstützungsbedürftiger Kinder zum Gegenstand hat, auf das Entgegenkommen aller Beteiligten gerechnet werden könne.“

**Die Wohnungsnot in Groß-Berlin ist himmelstreichend.** 600 000 Menschen wohnen in Wohnungen, in denen jedes Zimmer mit 5 und mehr Personen besetzt sind. Ueber ein Drittel der Groß-Berliner Wohnungen ist überfüllt und mehr denn zwei Fünftel wohnen in diesen Wohnungen. Um diese Zustände zu beseitigen, hat sich jetzt ein Aktionskomitee gebildet, dem bekannte Sozialpolitiker angehören. Am letzten Sonntag wurde von diesem Komitee zu einer Versammlung nach dem größten Saale Berlins eingeladen, in denen Prof. Franke, Staatssekretär a. D. Dernburg, Geheimrat Muthesius und Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum in großzügigen Reden die Groß-Berliner Wohnungsnot geißelten und vom Zweverband für Groß-Berlin, der am kommenden 1. April ins Leben tritt, eine Beseitigung derselben forderte. Beschlossen wurde eine Resolution, die im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung Groß-Berlins und namentlich zum Wohl der heranwachsenden Jugend die energische Inangriffnahme und Durchführung eines Bebauungsplanes für gesunde Kleinwohnungen den Ausbau eines Schnellbahnnetzes mit billigen Tarifen und die Schaffung leicht erreichbarer Parks und Spielplätze sowie eines Wald- und Wiesengürtels forderte.

Eine weitere Versammlung wird am 10. März, mittags 12 Uhr, stattfinden (Friedrichshain), worauf wir mit diesem unsere Groß-Berliner Kollegenchaft aufmerksam machen.

**An die Zahlstellenverwaltungen.**

Anfang Januar sind allen Zahlstellen und Gauen Rechnungen über Tarife, Inzerate usf. zugegangen. Ein Teil dieser Rechnungen ist aber auch nach Einlauf der Abrechnungen vom 4. Quartal noch nicht beglichen worden. Wir stellen dies hiermit fest und richten das dringende Ersuchen an die in Betracht kommenden Verwaltungen, auf die umgehende Bezahlung zu achten. Den betreffenden Zahlstellen und Gauen ist in den letzten Tagen nochmals eine schriftliche Mahnung zugegangen. Bei Nichtbeachtung derselben müssen die Säumnisse öffentlich bekannt gemacht werden.

**Abrechnung**

**vom Streik in der Kartonnagenbranche in Chemnitz.**

**Einnahme:**

Aus der Zentralkasse erhalten	5 500,— M.
Von den laufenden Mitgliederbeiträgen verwendet	700,— „
Aus der Lokalkasse	1 000,— „
<b>Summa</b>	<b>7 200,— M.</b>

**Ausgabe:**

<b>Streikunterstützung an</b>	<b>Zentralkasse</b>	<b>Lokalkasse</b>
	<b>M.</b>	<b>M.</b>
34 verheiratete Arbeiter	1 122,05	488,85
71 ledige Arbeiter	1 455,95	—
288 Arbeiterinnen	2 973,35	—
117 Kinder	276,—	—
Für Fortschaffung Zugereister	2,70	—
„ Flugblätter und Annoncen	149,50	—
„ Porto und Schreibmaterial	—,55	—
„ 2 Verhändlungen	14,—	—
„ Streikbureau	90,—	—
„ Zeitverräumnis bei Auszahlung der Streikelder usf.	45,10	—
„ Zeitung des Streiklokals	44,—	—
Sonstige Ausgaben	19,50	—
Kassenbestand	7,30	511,15
<b>Summa</b>	<b>6 200,—</b>	<b>1 000,—</b>

Chemnitz, den 12. Dezember 1911.

Oscar Müllner, Kassierer.

Streikleitung:

Otto Schreier, Karl Mai, E. Pfilke.

Revisoren:

Richard Ahmann, Richard Friemer.

**Briefkasten.**

Zurückgestellt infolge Raummangels wurden: „Zur Reorganisation der Zahlstelle Berlin“ und „Beuilleton“.

**Literarisches.**

**Die Elektrizität im täglichen Leben.** 2. Bander. Die Eisenbahn. Prof. Dr. Schreyer. Zwei Bänder aus der Naturwissenschaftlich-technischen Volksbücherei, die jetzt zu erscheinen beginnt. Preis dieser in dreifacher Umfang erschienenen Hefte je 60 Pf. (Regulärer Preis des Einzelheftes der Volksbücherei 20 Pf.) Verlag Th. Thomas, Leipzig.



# Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingelchrlebene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

## Abrechnung des 4. Quartals 1911.

Einnahmen		Ausgaben	
<b>An Ueberprüffungen gingen ein:</b>		<b>An Zuführungen nach:</b>	
Nachn.	100	Nachn.	100
Annaberg	200	Bonn	100
Altona	50	Bürgel	150
Barmen	150	Buchholz	200
Berlin	1600	Brieg	100
Bonn	200	Chemnitz	250
Bergn.	900	Cassel	150
Braunschweig	100	Dortmund	150
Breslau	150	Düsseldorf	200
Bischofsheim	200	Essen	100
Düsseldorf	75	Fürth	900
Elberfeld	200	Hagen	100
Erlangen	250	Mainz	200
Erfurt	75	W.-Gladbach	100
Fechenheim	900	Regensburg	100
Gotha	100	Stettin	200
Grünstadt	100	<b>Für Krankenunterstütz. an Mitgl.</b>	
Hamburg	500	1. Klasse nach § 10 Absatz 2	17 50
Heusenstamm	150	2. " " " " " 2	76 50
Heilbronn	275	3. " " " " " 2	420 —
Iserlohn	50	1. " " " " " 1	104 —
Jügesheim	100	2. " " " " " 1	64 75
Kedelae	900	3. " " " " " 1	180 40
Karlruhe	100	Beerdigungsgeld 2. Klasse	80 —
Konstanz	100	ärztl. Behandlung	289 18
Leipzig	2500	Arznei	70 24
Lahr	200	Brillen	5 80
München	400	Heilmittel	38 —
Mühlheim	100	Porto des Vorstehenden	57 78
Nürnberg	250	des Kassierers	68 90
Neu-Isenburg	150	Schreibmaterial	16 35
Offenbach	400	Verschiedenes	63 97
Oberthausen	550	1 Protokollbuch	3 —
Pumpenheim	200	100 Exemplare Auszug für	
Rembrücken	100	versicherungspflichtige Person.	
Stuttgart	1000	der R.B.D.	15 —
Schleiz	100	Gebühren für Einreichung des	
Witzburg	100	Statutennachtrags	5 —
<b>An Zinsen der Hypotheken</b>	1180	Inserate in der Buchbinder-	
<b>der Wertpapiere</b>	2265 50	Zeitung, 1. 2. u. 3. Quartal	884 85
<b>der Sparkasseneinlagen</b>	927 43	8000 Protokolle drucken	88 75
Strafen	48 25	550000 Quittungsmarken druck.	161 70
Steuerresten	15 94	885 Mitgliedsbücher binden	79 83
Verschiedenen	4 10	Zinsen und höheren Kurs bei	
<b>Eintrittsgelder eingetretender Mit-</b>	4 —	Kauf von Wertpapieren	186 85
<b>glieder</b>		Revision der Hauptkasse für den	
Steuern I. Klasse	451 —	Ausfuß	6 —
II. " "	265 05	Entschädigung der Revisoren	
III. " "	1282 40	bei Abrechnung des 3. Quartals	3 —
Extrasteuern	35 20	Gehalt des Vorstehenden	700 —
Für verlorene Marken	— 25	des Kassierers	600 —
		des Schriftführers	15 —
		der Revisor und des	
		stellvertret. Vorstehenden	75 —
		Beitrag z. Unterf.-Vereinigung	18 —
		Beitrag zur Inv.-Versicherung	7 56
		Mietzins pro 4. Quartal 1911.	139 38
		<b>Summa</b>	<b>7140 60</b>
<b>Summa</b>	<b>18204 12</b>		
<b>Rassenbestand nach Abrechnung des</b>			
<b>3. Quartals 1911</b>	<b>273799 56</b>		
<b>Summa</b>	<b>292003 68</b>		

### Bilanz:

Einnahme	292 003,68 M.
Ausgabe	7 140,69
<b>Rassenbestand</b>	<b>284 862,99 M.</b>

Für die Richtigkeit:

Leipzig, den 29. Februar 1912.

### Die Revisoren:

Hugo Bergmann. Richard Wittel.

### Der Kassierer:

R. Stäbter.

An Krankengeld wurde ausgezahlt:	Medizin und ärztliche Behandlung		Vorhandene Fonds	
	M.	ℳ.	M.	ℳ.
Nachn.	334	10	23	35
Altenburg	18	—	4	63
Annaberg	—	—	17	95
Augsburg	186	55	20	54
Altona (Elbe)	94	—	16	50
Barmen	24	—	27	07
Berlin	4390	27	753	48
Bremen	173	—	53	88
Bonn	230	60	—	—
Bieber	959	90	3	17
Bürgel	969	—	10	18
Bergn.	176	15	184	93
Braunschweig	118	25	48	97
Buchholz	249	75	48	65
Breslau	57	—	6	61
Bielefeld	260	80	—	—
Brieg	140	70	2	—
Bischofsheim	10	—	3	35
Chemnitz	498	—	—	—
Cassel	904	50	13	65
Dresden	1097	50	128	24
Dülmen	222	—	—	—
Dortmund	180	—	3	—
Düsseldorf	469	50	15	50
Elberfeld	152	—	10	66
Erlangen	354	—	—	—
Essen (Ruhr)	264	—	—	—
Eßlingen	88	75	6	12
Erfurt	9	15	—	—
Frankfurt a. M.	584	05	66	64
Freiburg i. S.	156	50	30	51
Freiburg i. B.	249	75	26	66
Fechenheim	454	25	91	95
Fürth	491	—	171	06
Gera	50	—	—	—
Gotha	194	40	17	81
Grünstadt	45	—	—	—
Hamburg	945	50	91	50
Hannover	1263	25	117	—
Halle	168	80	5	10
Heusenstamm	22	—	—	—
Hildesheim	—	—	—	—
Hausen	264	—	10	—
Hagen	275	50	64	55
Heilbronn	162	—	12	—
Hannau	—	—	—	—
Iserlohn	52	—	—	—
Jügesheim	14	—	—	—
Köln	183	85	18	60
Kirchheimbolanden	60	—	—	—
Kedelae	372	60	18	05
Karlruhe	44	—	—	—
Kandel	18	—	—	—
Klein-Steinheim	145	—	23	39
Konstanz	6	75	—	—
Leipzig	6457	80	25	68
Lahr	258	—	—	—
München	952	65	139	50
Mainz	349	—	15	—
Mannheim	224	35	—	—
Magdeburg	269	75	37	71
W.-Gladbach	378	75	6	50
Mühlheim a. M.	582	10	16	96
Nürnberg	1089	20	40	36
Neu-Muppin	48	—	35	76
Neu-Isenburg	13	—	—	—
Offenbach	2554	75	264	48
Oberthausen	386	—	13	85
Pforzheim	20	—	—	—
Reutlingen	245	90	6	—
Regensburg	444	—	—	—
Pumpenheim	95	95	25	73
Rembrücken	84	30	59	20
Schma	12	—	37	30
Solingen	6	—	10	25
Stuttgart	1876	80	47	25
Stettin	317	20	47	23
Schleiz	187	—	22	25
Ulm	—	—	—	—
Wiesbaden	—	—	7	—
Witzburg	68	90	10	50
Zeitz	46	95	—	—
<b>Summa</b>	<b>35950</b>	<b>42*</b>	<b>2987</b>	<b>74</b>
				<b>26394</b>

\* In dieser Gesamtsumme ist das Beerdigungsgeld mit enthalten.

### An Beerdigungsgeld wurde ausgezahlt:

Berlin	380,—	Heilbronn	80,—
Bonn	90,—	Leipzig	400,—
Chemnitz	90,—	München	90,—
Freiburg	70,—	Neu-Muppin	90,—
Fürth	110,—	Offenbach	100,—
Gotha	110,—	Stuttgart	100,—
Hagen	80,—	Witzburg	60,—

### Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

Gestorben sind:

- Am 30. Januar d. J. in Dresden Adolf Max Vogel, 43 Jahre alt, an Unterleibstypus.
- Am 12. Februar in Dresden Otto Knauth, 62 Jahre alt, an Lungenleiden.
- Am 28. Februar in Dresden Bruno Richter, 34 Jahre alt, an Lungenentzündung.
- Am 14. Februar in Bremen Carl Werthold, 41 Jahre alt, an Herzschlag.
- Am 18. Februar in Leipzig Richard Fischer, 67 Jahre alt, an Mastdarmleiden.
- Am 23. Februar in Leipzig Friedrich Wille, 73 Jahre alt, an Schlaganfall.
- Am 9. Februar in Detmold (Hauptkass.) Ludwig Korus, 47 Jahre alt, an Lungenentzündung.

### Buchbinder-Männerchor Leipzig M.d.A.-S.-B. Dir.: K. Schiebold.

Sonnabend, 16. März 1912, im Albertgarten, L-Anger, Einl. 1/8 Uhr, Anf. 1/9 Uhr:

### Volkslieder - Abend

Motto: Ernst u. Scherz im Liede. Zum Besten des Fonds für Ausgesteuerte d. Zentral-Krank- u. Begräbnisk. d. Buchbind. Unt. gtl. Mitwirk. v. Fr. E. Weinhold (Lieder z. Laute).

#### VORTRAGS - ORDNUNG:

- Drei Männerchöre: a) Lorelei, Friedrich Silcher; b) Schwesterlein, wann gehn wir nach Haus, Rheinisches Volkslied, bearbeitet von Karl Hirsch; c) Die Königskinder, Altddeutsches Volkslied, bearbeitet von Ferd. Siebert. **Lebendes Bild.**
  - Lieder zur Laute, Fr. Etelka Weinhold: a) Des Ritters Freite, Altdänisch. Volkslied a. d. 13. Jahrh.; b) Unter der Linde, Minnelied a. d. 13. Jahrh. Walter von der Vogelweide; c) Dein Herz und mein Herz, Schwäbisches Lied.
  - Zwei Männerchöre: a) Abschied, Böhm. Volkslied, bearbeitet von Karl Schiebold; b) Herzeleid, Schwäbisches Volkslied, bearbeitet von Th. Hagedorn, Solo: Herr Bladock, Mitglied des Vereins. **Lebendes Bild. - Pause.**
  - Zwei Männerchöre: a) Fenstergang, Rheinisches Volkslied, bearbeitet von M. Neumann; b) Frauenmuster, Fränk. Volkslied, bearbeitet von G. Winter. **Lebendes Bild.**
  - Lieder zur Laute, Fr. Etelka Weinhold: a) Lauf, Müller, lauf, Altddeutsches Scherzlied; b) Wenn de Pot nu awer en Loch hat, Westfälisches Bauernlied; c) An die Dorkirchlocke, Alemannisches Volkslied.
  - Drei Männerchöre: a) Sie ist gar säuberlich und fein, Altddeutsches Volkslied, bearbeitet von Heinrich Riva; b) Tanzlied, Lied aus dem 16. Jahrhundert, bearbeitet von Klemens Schreiber; c) Schneiders Höllenfahrt, Volkslied um 1850, bearbeitet von M. Neumann. **Lebendes Bild.**
- Vortragsordnung im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf. — Rauchen höfl. verboten. Nach dem Konzert Ball und Tombola. — Hierzu laden ein Buchbinder-Männerchor Leipzig. **Verwaltungsstelle Leipzig d. Zentral-Kranken- u. Begräbnisk. d. Buchbinder.**

### Deutscher Buchbinder-Verband.

#### Zahlstelle Dresden.

Am 5. März starb nach kurzer Krankheit unser langjähriges Mitglied, Frau

#### Luise Otto

im Alter von 66 Jahren. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten. **Der Vorstand.**

### Tüchtig. Goldschnittmacher

speziell auf Schrägschnitt eingearbeitet, sowie

### tüchtiger Pressvergolder

welcher selbständig arbeiten kann, per sofort gesucht.

#### Mohr & Meder,

Großbuchbinderei, Frankfurt a. M., Köpckeplatz 18.

## Angenehme Stelle

erhält seriöser Buchbinder, der sich an eingelebter, bestrentierender Buchdruckerei in la Verkehrsört durch Einlage von 15-20 Mille beteiligt. Anfragen um Näheres unter Chiffre Z. 1643 J an Haasenstein & Vogler, Basel.

### Für einen Buchbinder

mit etwas Kapital bietet sich in einer aufblühenden Kreisstadt günstige Gelegenheit zur Gründung einer guten Geschäftsz. Anfragen wolle man unter Z. G. 12251 an Rudolf Mosse, Berlin SW., senden.

### Tüchtige Etuisarbeiter

für Bestedeutis u. Kasten sofort gesucht. **F. A. Pfantschen, Etuis-Fabrik, Düsseldorf a. Rhein.**

### Präger,

für auf Schneidbrett-Plakate, Reklamekalender usw. nach Schäften unter günst. Bedingungen möglichst bald gesucht. Off. m. spez. Angaben bis h. Tätigkeit an **Piorfoweth, Leipzig, Petersstr. 35.**

### Junger tüchtiger Linierer

für Bill'sche Maschine findet dauernde Stellung. Gesl. Offert. unt. **B. G. 92** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

## Strasburg, Wpr.

Stadt von circa 8000 Einw., Kreisstadt, höh. Schulen, benötigt deutschen, strebsamen Buchbinder; gute Brotstelle, da Buchbinder gestorben, ohne Konkurrenz. Näheres durch **Führich, Buchdruckerei, Buchhandlung** daselbst.

**Kniehebelpresse**, gebraucht, klein, Sub minderbilens 8 cm, 1 u. d. t **David, Alexandrinenstr. 35.**



**Kostenfreier Arbeitsnachweis** für Buchbinder **O. Th. Winckler, Leipzig**

**Zahlstelle Eisenberg.** Mittwoch, den 13. März 1912, abends 8 Uhr:

## Verammlung

in Büchners Restaurant. Das Erscheinen aller ist notwendig. **Die Ortsverwaltung.**

## Leim stets gebrauchsfertig im Patent-Demo-Leimgessä!

#### Gutachten:

„Der für unseren Buchbindereibetrieb gelieferte „Patent-Demo-Leimkessel“ hat uns im Gebrauch in jeder Beziehung befriedigt. — Der in diesem Apparat eingefüllte Leim bleibt ohne irgendwelche besonderen Hilfsmittel — ausser dem zum Warmhalten erforderlichen heissen Wasser — während der Zeit von ca. 8 Stunden warm. — Während wir bisher in unserem Betriebe mit Gasheizung für die Warmhaltung des Leims arbeiteten, ist bei dem „Patent-Demo-Leimkessel“ sowohl jede Feuergefahr ausgeschlossen und kommt auch eine bedeutende Gasersparnis dabei in Frage. — Ein Anbrennen des Leims ist ausgeschlossen und behält er seine ursprüngliche Bindekraft. — Ein weiterer Vorzug ist die Schonung der Pinsel und das leichte Handtieren beim Transport.“

#### Hochachtungsvoll

**K. Rühle, Vorsteher der Buchbinderei August Scherl, G. m. b. H.**



a b c Isolierschicht

**Thermos-Aktiengesellschaft Berlin W. 35.**

## Bei Gicht, Rheumatismus, +

Gichtweh, Lenden Schmerzen, Steifheit, Gliederreiben, Geschwulst, Nerven Schmerzen etc. hat selbst in hartnäckigen Fällen schnell, oft schon über Nacht, wie ein Zaubermittel **Pohls Rheumatismus-Tee** (Sambuci) gewirkt. à Paket M. 1.—, 3 Pakete zur Kur M. 2.50. In den Zwischenpausen reibe man mit dem schmerzstillenden, wohlthunenden, taufendfach erprobten **Pohls Karmeliter-Geist** ein. Garantiert unschädlich. à Flasche M. 1.—, extra stark M. 2.—. Zahlreiche Dank-schreiben. Ein Versuch überzeugt von der geradezu elektrifizierenden Wirkung. Nur allein echt bei **Georg Pohl in Berlin, Sophienstr. 69**, an der Goltzstr.

## Lehntarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 1.— M. einschließlich Porto (bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 M.

### Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto für Nichtmitglieder 1,10 M.

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die

### Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer

Preis für Mitglieder 2,30 M. einschließlich Porto Preis für Nichtmitglieder 3,30 M. einschließlich Porto

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Geschichte der Organisation in ihrem Verufe bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit. Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Wertes sein, das auch durch sein vornehmeres Verfügen jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.

## Inserate

finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.